

Politische Illusionen über ein Abflauen der Euro-Krise

## Krisengewinnler

Die moderaten Renditen griechischer Staatsanleihen sind kein Indiz für eine strukturelle Lösung der Euro-Krise. Denn weitere Hilfen für Griechenland sind angesichts der mangelnden Schuldentragfähigkeit unumgänglich. Nachdem Fachleute dies bereits bei Beschluß des zweiten Hilfspakets als unvermeidlich vorhergesagt, erkennt dies inzwischen auch die handelnde Politik.

Eine nachhaltige Lösung wäre ein weiterer Schuldenschnitt, kombiniert mit der Wiedereinführung der Drachme. Da 90 Prozent der griechischen Staatsschulden bei den Rettungsschirmen EFSF/ESM sowie der Europäischen Zentralbank (EZB) liegen, wären die Verluste budgetwirksam. Zudem würde die monetäre Staatsfinanzierung der EZB offenbar. Somit scheidet dieser Weg aus. Die Finanzmärkte wissen das – Renditen lügen nicht. Ein drittes Milliarden-Paket ist ebenfalls unwahrscheinlich. Den Parlamentariern fiele die Rechtfertigung gegenüber der Öffentlichkeit zunehmend schwerer. Alternativ wird deshalb über eine Zinssenkung und die Laufzeitverlängerung der Kredite gesprochen. Dies käme einem indirekten Schuldenschnitt zu Lasten öffentlicher Gläubiger gleich.

Besonders attraktiv, da volumemäßig unbegrenzt und jeglicher parlamentarischer Kontrolle entzogen, erscheinen die vermeintlich kostenlosen Maßnahmen der EZB. Für das von Mario Draghi mit der Parole „whatever it takes“ angekündigte OMT-Ankaufprogramm von



VON DIRK MEYER

»Dieses monetäre Perpetuum mobile widerspricht ökonomischer Vernunft.«

Die Banken profitieren, denn die griechische Zehn-Prozent-Anleihe wird mit 0,5-Prozent-EZB-Geld finanziert. Doch dieses monetäre Perpetuum mobile widerspricht ökonomischer Vernunft: Ein hinausgezögerter Staatsbankrott verbunden mit Geldentwertung ist die langfristige Folge. Doch das interessiert die kurzfristig orientierten Krisenprofiteure allerorten nicht.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Streit um die US-Staatsfinanzen

## Schuldenmacher

Von Ronald Gläser

Welchen Ratschlag sollte man einem Mann geben, dessen Frau sämtliche Kreditkarten bis zum Anschlag ausgereizt hat? Sollte er der Angetrauten eine neue American Express mit zusätzlichem Limit besorgen? Oder wäre es nicht besser, wenn er seinem kaufstüchtigen Weib Grenzen setzt? „Schatz, jetzt ist mal Schluss. Du brauchst nicht jede Woche drei neue Paar Schuhe.“

Bei Privatleuten stellt sich diese Frage gar nicht. Nur ein unvernünftiger Volltrottel würde das Limit seiner Lebensgefährtin immer weiter anheben. Und genauso wäre es unvernünftig, wenn gewählte Volksvertreter das Budget ihrer Regierung immer weiter erhöhen. Schließlich sind sie gewählt, um die Regierung zu kontrollieren. Nicht, um deren Gier und Verschwendungssucht die demokratische Pseudolegitimität zu besorgen. Deswegen ist es richtig, daß sich die Republikaner in Amerika weigern, die Schuldengrenze des schon jetzt mit fast 17 Billionen Dollar verschuldeten Landes weiter auszuheben.

Das gilt erst recht, wenn wir Barack Obamas früheres Abstimmungsverhalten berücksichtigen. Als Senator hat er 2006 mit seinen demokratischen Amtskollegen gegen ein identisches Vorhaben der Bush-Regierung gestimmt. Obama damals: Die Anhebung ist verantwortungslos. Was damals falsch war, kann heute nicht richtig sein.

Trotzdem gilt es, den nüchternen Blick für die politischen Realitäten zu bewahren. Die Teil-Ababschaltung des amerikanischen Staatsapparats („government shutdown“) ist auch eine Schmierenkodie. Obama versucht die Republikaner als kaltherzige Neoliberalen darzustellen, die dem kleinen Mann ans Leder wollen. Deswegen läßt er Kinderhilfeeinrichtungen oder die Veteranenbetreuung dichtschießen. Um seinen Golfplatz und unzählige andere unnütze Sachen offenzuhalten, ist jedoch genug Geld da. Auch die Republikaner sind in Wahrheit nur halbherzig dabei, haben längst hinter verschlossenen Türen mit der Regierung verhandelt und werden letztlich irgendwo nachgeben.



IWF-Chefin Lagarde mit Finanzminister Schäuble: Den umstrittenen deutschen Länderfinanzausgleich künftig auf die ganze EU übertragen?

## Hilfssheriff der EU-Kommission

Internationaler Währungsfonds: Eine umfassende Fiskal- und Sozialunion soll die Euro-Krisenländer retten

WILHELM HANKEL

Der Internationale Währungsfonds (IWF), gegründet auf der legendären Bretton-Woods-Konferenz von 1944, um der Welt weitere Wirtschaft- und Währungskriege zu ersparen, verstrickt sich immer mehr in europäische Querelen. Seit Christine Lagarde, die frühere französische Finanzministerin als Chefin fungiert, scheint der IWF zum Hilfssheriff der EU-Kommission zu mutieren. Es begann mit der Entsendung zweier IWF-Vertreter in die „Troika“ aus Europäischer Zentralbank (EZB) und EU-Kommission, die gemeinsam die vertragsgerechte Verwendung der Euro-Rettungsgelder sowie den zeitgerechten Fortgang der damit verknüpften Reformauflagen überprüfen.

Nur: Der IWF ist einzig und allein für die monetäre Außenpolitik seiner Mitgliedsstaaten zuständig. Ein Mitsprache- oder Eingriffsrecht in deren parlamentarische Entscheidungen – und dazu zählen die Auflagen der Troika – hat er nicht. Dennoch legt der IWF-Stab nun unter dem Titel „Toward a Fiscal Union

for the Euro Area“ einen detaillierten Vorschlag für die Schaffung einer Euro-Fiskalunion vor, der in schroffem Gegensatz zum Artikel 125 der Arbeitsverträge der EU (AEUV) steht – der berühmten No-bailout-Klausel. Darin vorgesehen sind laufende Abführungen an einen Euro-Fiskalfonds in Höhe von 1,5 bis 2,5 Prozent der nationalen Bruttoinlandsprodukte (BIP). Das wäre angesichts eines Euro-Zonen-BIP von zehn Billionen Euro ein Einlagevolumen von bis zu 250 Milliarden Euro – mehr als das Dreifache der Direktzahlungen in den Euro-Rettungsfonds ESM.

### Europarechtliche Vertragshürden

Die Summe soll nach Meinung der IWF-Autoren ausreichen, künftig zu befürchtende Krisen- und Einkommenschocks in der Euro-Zone zu verhindern. Vorbild und Modell ist der innerdeutsche Länderfinanzausgleich, mit dessen Hilfe es bei weit geringerem Mitteleinsatz gelungen sei, „80 Prozent der Deutschland sonst drohenden regionalen Einkommens- und Konjunkturunbrüche zu verhindern – verglichen

mit den nur 40 Prozent in der Euro-Zone“. Eine Begründung dieser „Erkenntnis“ sucht man ebenso vergebens wie eine Analyse der solchen Plänen entgegenstehenden europarechtlichen Vertragshürden.

Die IWF-Rechtsabteilung hätte die Kollegen der ökonomischen Departments warnen sollen, daß sie sich mit solchen Vorschlägen ins politische Abseits und die Unglaubwürdigkeit manövrieren. Für ihr stärkstes Argument halten die IWF-Ökonomen ihre europäische Zukunftsvision: Gäbe es erst einmal den von ihnen vorgeschlagenen Fiskalfonds, den Finanzausgleich sowie eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung, dann würden alle bisherigen Ad-hoc-Ausgleichsmechanismen – wie unausgeglichene Target-2-Salden bei der EZB oder die Rettungsfonds EFSF und ESM – überflüssig. Mit Hilfe des Fiskalfonds, also eines gemeinsamen Krisenbudgets der Euro-Länder, kehre die angeschlagene Euro-Union wieder zu ihrer Normalität zurück.

Dies ist ein Argument, das es doppelt in sich hat. Denn es besagt auf die Zukunft bezogen, daß die Währungsunion ihre Normalität erst dann erreicht, wenn sie weitere Fortschritte in Richtung eigene Staatlichkeit macht. Doch dieser sich hinter solchen Vorschlägen abzeichnende „Europa-Staat“ wäre ein von EU-Funktionären gesteuertes – und ein weder demokratischer noch ein die Autonomie der europäischen Einzelstaaten respektierender Staat. Soll nun etwa mit IWF-Hilfe der vor zwei Jahrzehnten untergegangene Funktionsstaat sowjetischer Prägung unter dem Etikett der EU in Brüssel wieder auftauchen?

Am gefährlichsten ist aber die ökonomische Naivität der IWF-Autoren: Wie soll ihr neuer Fiskalfonds zur Rettung der Euro-Krisenländer – und der Investoren in ihre Staatsanleihen – die bereits bestehenden und höchst unübersichtlichen Mechanismen zur Überwindung der Euro-Krise, einschließlich der

inflationären Direktinterventionen der EZB, überflüssig machen?

Das Gegenteil ist richtig. Und der Euro-Krisenverlauf seit 2009 bestätigt es: Je mehr Geld zur Krisenbekämpfung bereitgestellt wird, desto lascher wird die Krise am Ort ihres Entstehens bekämpft, desto länger schwelt sie fort. Denn es ist die Hilfe von außen, die es den Krisenländern erlaubt, von den einzig und allein wirksamen Krisenbekämpfungsmaßnahmen im Inland Abstand zu nehmen, die notwendigen inneren Reformen weicher zu fahren, als es ohne diese „Hilfe“ möglich wäre.

### Nicht mehr der Nabel der Weltwirtschaft

Der IWF hat in seiner fast 60jährigen Geschichte noch keinem Krisenland geraten, sich anders zu helfen als durch „innere Reformen“ – und diese so schnell und konsequent wie möglich anzugehen wie von der Sache geboten. Von diesem Erfolgspfad weicht der IWF unter Lagarde in geradezu skandalöser Weise ab. Es liegt jetzt an den nichteuropäischen IWF-Mitgliedern – speziell den neuen Erfolgsländern der ehemals Dritten Welt –, der IWF-Führung ins Gedächtnis zurückzurufen: Europa ist weder der Nabel der Weltwirtschaft, noch ist der IWF der Erfüllungsgehilfe der EU-Kommission.

Entweder löst die Euro-Zone ihre Krisenprobleme mit Bordmitteln, was etwa über die Wiedereinführung von nationalen Währungen parallel zum Euro möglich ist – oder sie macht sich selbst zum kranken Mann der neuen Weltwirtschaft.

Prof. Dr. Wilhelm Hankel war von 1967 bis 1972 deutscher „Alternate“ im IWF-Direktorium und an Reformen wie den Sonderziehungsrechten (SDR) beteiligt. In seinem Buch „Die Euro-Bombe wird entschärft“ zeigt er Problemlösungen ohne Inflationierung auf. [www.dr-hankel.de](http://www.dr-hankel.de)

## EU-weite Arbeitslosenversicherung

Neben dem eigenen Budget für die Euro-Zone und einem aus Beiträgen der Euro-Mitgliedsländer gespeisten Hilfsfonds schlägt der IWF zugleich eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung (EALV) vor. Diese soll zunächst nur bei krisenbedingter (zyklischer) Arbeitslosigkeit zahlen. Für die Langzeitarbeitslosen sollen weiterhin die nationalen Sozialsysteme greifen. Manuel Müller von den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) verriet im August bereits konkretes: Denkbar sei ein Modell, „bei dem alle Sozialversicherungsbeitragspflichtigen zwei Pro-

zent ihres Gehalts in die europäische Versicherung einzahlen und im Falle der Arbeitslosigkeit für zwölf Monate Anspruch auf 50 Prozent ihres letzten Gehalts haben“. Vorige Woche startete auch EU-Sozialkommissar László Andor einen offiziellen Vorstoß für die EALV. Diese solle „die Risiken der ökonomischen Schocks vergemeinschaften und so Fluktuationen in den Nationaleinkommen reduzieren“.

Toward a Fiscal Union for the Euro Area: [imf.org/external/pubs/ft/sdn/2013/sdn1309.pdf](http://imf.org/external/pubs/ft/sdn/2013/sdn1309.pdf)

## Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin  
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: [www.jf-buchdienst.de](http://www.jf-buchdienst.de)

Bestelladresse:  Kundennummer:

Vorname/Name:

Straße/Nr. (kein Postfach):

PLZ/Ort:

Telefon:  E-Post:

Datum/Überschrift:

Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST  
JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online:  
[jf-buchdienst.de](http://jf-buchdienst.de)

Hans-Werner Sinn

Verspielt nicht eure Zukunft!

Sinn macht konkrete Vorschläge für Reformen rund um gute Wirtschaftspolitik, nachhaltige Staatsfinanzen, Wahrheit und Finanzierbarkeit von Parteiprogrammen, um die mangelnde Langfristorientierung politischen Handelns endlich zu überwinden. Sein Buch ist auch der Appell eines leidenschaftlichen Forschers und Europäers, die ökonomischen Fakten zur Kenntnis zu nehmen und die Politik zu ändern. Der neue Sinn: persönlich, streitbar, kompakt! 112 S., Pb.

Best.-Nr.: 92003



EUR 4,99

Matthias Weik, Marc Friedrich

Der größte Raubzug der Geschichte

Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden  
Vor unseren Augen findet der größte Raubzug der Geschichte statt und wir alle sind seine Opfer. Die Reichen in unserer Gesellschaft werden immer reicher, während alle anderen immer ärmer werden. Auch Sie sind betroffen: Wer jetzt nicht richtig handelt, steht vielleicht bald mit leeren Händen da. Sorgen Sie dafür, daß Sie nicht zu den Verlierern gehören! 381 S., Pb.

Best.-Nr.: 91892



EUR 19,90

Wilhelm Hankel

Die Euro-Bombe wird entschärft

Der Euro droht Europa zu sprengen, statt es zu vereinen. Es brennt allenthalben im Euro-Land. Lösversuche lassen schon jetzt erkennen, daß am Ende ein gigantischer „Wasserschaden“ in Form von Inflation und Werteverlust droht. Wilhelm Hankel war der Euro-Skeptiker der ersten Stunde, weil er als Währungsexperte die kommenden Gefahren kannte. Darum ist er heute auch in der Lage, den Königsweg aus der Krise zu weisen. 176 S., geb.

Best.-Nr.: 91891



EUR 19,99

Max Otte

Stoppt das Euro-Desaster!

Verwirren Sie die immer neuen Thesen zur Euro-Krise? Dann sollten Sie Ottes Streitschrift lesen. Präzise erläutert der Wirtschaftswissenschaftler, wie es zur Krise kam und warum nicht die Griechen, sondern Politiker, Banken, Finanzdienstleister und Milliardäre die Schuld tragen. Völlig unterschiedliche Währungssysteme wurden aus ideologischen Gründen zusammengewürfelt, obwohl sich das EWS bewährt hatte. 47 S., Pb.

Best.-Nr.: 91256



EUR 3,99

Walter Krämer

Kalte Enteignung

Wie die Euro-Rettung uns um Wohlstand und Renten bringt  
Krämer enthüllt, wie die deutschen Sparer und Rentner in den nächsten zehn Jahren enteignet werden und wer davon profitiert: die Gläubiger der europäischen Banken, griechische Milliardäre und spanische Fußballclubs ... Was sind die aktuellen Gefahren für unser Geld, wie sind wir so weit gekommen und wie geht es weiter? 232 S., Pb.

Best.-Nr.: 92062



EUR 19,99

Hans-Olaf Henkel

Die Euro-Lügner

Unsinnige Rettungspakete, vertuschte Risiken – So werden wir getäuscht  
Das Debatten-Buch gegen das Märchen von der Alternativlosigkeit der Euro-Rettung, die präziseste Analyse der Krise. Henkel macht es sich zur Aufgabe, den Finger auf die Schwachstellen der Euro-Rettungspolitik zu legen, mutige Wege aus der Krise zu suchen. Vor allem aber nennt er die beim Namen, die uns über die Gefahren zu täuschen versuchen. 200 S., geb.

Best.-Nr.: 92040



EUR 19,99

Michael Grandt

Deutschland vor dem Kollaps  
Warum es zum Staatsbankrott kommen muß!



Der Staatsbankrott kommt! Aber Michael Grandt behauptet noch mehr: Wir brauchen den Crash! Auf zahlreiche Belege gestützt, zeigt der Bestsellerautor und Finanzexperte, was der Staat tun wird, um seine Bürger weiter zu schröpfen, und was Sie tun können, um Ihre Ersparnisse zu bewahren. 336 S., geb.

Best.-Nr.: 92077

EUR 19,95

Abbildungen können vom Original abweichen!